



09. Oktober 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Diese Woche im Deutschen Bundestag**
 - **Hitzige Debatte im Bundestag über Baustopp für Autobahnen,**
 - **Besserer Pfändungsschutz,**
 - **Recht auf Homeoffice,**
 - **Lieferkettengesetz,**
 - **Diese Woche in 1. Lesung,**
 - **Der nationale CO2-Preis kommt**
 - **Landwirtschaft: Direktzahlungen-Durchführungsgesetz,**
 - **Änderung des Bundeswahlgesetzes,**
 - **Steuerbefreiung der Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld,**
 - **Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes: Rechtssicherheit für Studierende nach dem Brexit**
- **Bild der Woche**
- **Jahrestag des Anschlags in Halle: „Wir lassen die Betroffenen nicht allein!“**

Diese Woche im Deutschen Bundestag

Hitzige Debatte im Bundestag über Baustopp für Autobahnen

Im Bundestag kam es am Mittwoch in der Aktuellen Stunde zu einer hitzigen Debatte über Forderungen der Grünen im Bund nach einem Moratorium für neue Autobahnen und Bundesstraßen.

Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sagte, in Landesregierungen agierten Grünen-Verkehrsminister völlig anders und hätten dem Ausbau von Autobahnen zugestimmt.

SPD-Fraktionsvize Sören Bartol sagte, die Grünen handelten populistisch. In Ländern bauten Verkehrsminister munter Straßen, im Bundestag werde das Gegenteil gefordert.

Die SPD im Schwalm-Eder-Kreis hat sich seit jeher für den Weiterbau der A49 eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun, erklärt dazu Edgar Franke. „Die große Mehrheit der Region hat sich seit Jahren für den Ausbau ausgesprochen. Der Lückenschluss der A49 ist ein wichtiger Bestandteil der Weiterentwicklung des gesamten Schwalm-Eder-Kreises“, so der Abgeordnete und Vorsitzende der SPD Schwalm-Eder.

Die Mehrheit der Deutschen lebe im ländlichen Raum und setze darauf, dass sie nicht vergessen werden. „Gerade den ländlichen Raum infrastrukturell so aufzustellen, dass dieser ein attraktiver Lebensraum bleibt, ist unsere politische Verantwortung.“

Franke bestätigt Bartol, dass die Grünen in Hessen, vertreten durch ihren eigenen Wirtschafts- und Verkehrsminister, für den Weiterbau sind, aber im Bund und vor Ort das Ende der Baumaßnahmen fordern und Stimmung gegen das Projekt machen. „Man kann nicht gleichzeitig Regierung und Opposition sein“, sagt er.



Besserer Pfändungsschutz

Seit 2010 gibt es das **Pfändungsschutzkonto (P-Konto)**, welches sich grundsätzlich bewährt hat. Es ist aber Zeit, das P-Konto an einigen Stellen weiterzuentwickeln.



„Stellen Sie sich vor, Sie haben ein gemeinsames Konto bei einer Bank und wollen am Wochenende ins Kino oder einkaufen gehen. Fassunglos stehen Sie vor Ihrem Bankautomaten. Es rührt sich nichts. Erst wundern Sie sich, ob es einen technischen Defekt gibt“, skizzierte die Abgeordnete Esther Dilcher und fährt fort: „doch die zweite Möglichkeit lautet: das Konto wurde gepfändet.“

Dies kann auch passieren,

wenn man gar nicht damit rechnet, zum Beispiel, weil der Partner oder die Partnerin nichts von unbezahlten Rechnungen erzählt hat. Bisher gab es keine Regelung für Gemeinschaftskonten, um Mitkontoinhaber zu schützen.

Wenn also eine Person ohne das Wissen der anderen Schulden machte, wurden die auf dem Konto liegenden Vermögen und eingehenden Gehaltszahlungen von beiden gepfändet – auch von demjenigen, der von der Pfändung eigentlich gar nicht betroffen sein sollte.

Ab jetzt können beide verlangen, dass die ihr zuzurechnenden Guthaben auf ein Einzelkonto übertragen werden und die Pfändung sich nur auf das Konto des Schuldners erstreckt.

Außerdem kann nicht verbrauchtes Guthaben nicht mehr wie bisher nur in den nächsten, sondern in die nächsten drei Monate mitgenommen werden.

Recht auf Homeoffice

Die Corona-Pandemie hat unsere bisherige Art zu leben und zu arbeiten auf den Kopf gestellt. Es hat sich gezeigt: Auch ohne persönliche Anwesenheit im Büro oder Betrieb geht häufig mehr, als alle dachten. Für die Zeit nach der Pandemie können sich zwei Drittel der Beschäftigten mehrere Tage pro Woche im Homeoffice gut vorstellen und wünschen sich einen entsprechenden Anspruch. Mehr Zeit für die Familie, weniger Stress und Stau - mit mobiler Arbeit kann das Leben einfacher werden.

Klar ist aber auch, dass es um ein neues Gleichgewicht geht, nicht um den völligen Verzicht auf physische Anwesenheit. Gerade die sozialen Funktionen des Arbeitsplatzes und des persönlichen Austausches dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Der Vorschlag von **Bundesarbeitsminister Hubertus Heil** (Bild) für ein Recht auf mobile Arbeit vereint diese Aspekte und setzt klare Regeln für Gesundheitsschutz und Arbeitnehmerrechte: im Betrieb, unterwegs und zu Hause.



Lieferkettengesetz

Wir kämpfen weiter für ein Lieferkettengesetz. Denn natürlich müssen global tätige Unternehmen ihren Teil beitragen, dass Menschenrechte geachtet werden – das ist ihre Verantwortung. Teile der Union sperren sich noch, aber **Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD)** bleibt dran. Und das treibt er nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa voran. So folgten Vertreter der EU-Kommission, des Europaparlaments, aus den Regierungen anderer EU-Staaten und Fachleute seiner Einladung zur Konferenz „Menschenrechte und gute Arbeit in globalen Lieferketten“ am 6. und 7. Oktober im Arbeitsministerium. Auch unsere Justizministerin, Christine Lambrecht, war dabei. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass keine Kinderarbeit oder moderne Formen von Sklaverei in Produkten stecken, die wir täglich kaufen – weder in Deutschland noch irgendwo sonst in Europa.

Diese Woche in 1. Lesung

Regelbedarfsermittlungsgesetz 2021: Die Regelsätze der Grundsicherung (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld usw.) werden zum 1. Januar 2021 erhöht und an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst. Grundlage der Neuberechnung, die circa alle fünf Jahre geschieht, sind Stichproben über die Verbrauchsausgaben von Haushalten im unteren Einkommensbereich.

Risikoreduzierungsgesetz: Dieses dient der Umsetzung des sogenannten EU-Bankenpakets und enthält verschiedene Lehren aus der Finanzkrise von 2007/2008. Unter anderem sollen auch systemrelevante Banken (*too big too fail*) in Zukunft abgewickelt werden können, wobei nicht mehr die Steuerzahler*innen, sondern die Kapitalgeber der Bank dies finanzieren werden.

Der nationale CO2-Preis kommt

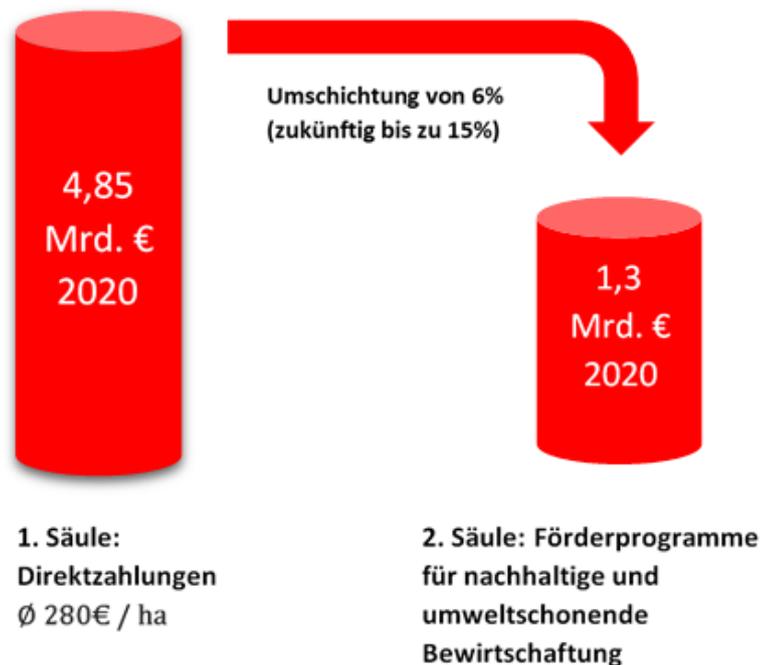
Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, führen wir die **CO2-Bepreisung** ein, die CO2-Emissionen verteuert und Anreize für den Umstieg auf klimafreundliche Alternativen schafft. Der Umbau zu einer klimaneutralen Gesellschaft kann aber nur gelingen, wenn er solidarisch abläuft und wir einen ausgewogenen und sozial gerechten Weg gehen.

- Ab 2021 sind die CO2-Emissionen aus der Verbrennung von Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel durch ein Emissionshandelssystem gedeckelt und mit einem ansteigenden Preis versehen.
- Weitere Brennstoffe werden ab 2023 einbezogen.
- Mit dem darin festgelegten verlässlichen Preispfad können sich Bürger*innen und Unternehmen schrittweise auf das System einstellen.
- Die CO2-Bepreisung ist an eine schrittweise Reduzierung der EEG-Umlage geknüpft. Damit werden Verbraucher*innen, aber auch Unternehmen entlastet.
- Außerdem wird ab 1. Januar 2024 die zusätzliche Entfernungspauschale für Fernpendler angehoben.

Landwirtschaft: Direktzahlungen-Durchführungsgesetz

Die **EU-Agrarförderung** besteht aus zwei Säulen. Zum einen werden den Landwirten flächenbezogene Direktzahlungen ausgezahlt (1. Säule) - im Durchschnitt 280 Euro pro Hektar. Zum anderen wird die Entwicklung ländlicher Räume gefördert, dabei handelt es sich u.a. um Agrarinvestitionsförderung, ökologischen Landbau, Tierhaltung, Waldförderung (zweite Säule).

Mit dem vorliegenden Regierungsentwurf des Direktzahlungen-Durchführungsgesetz wird eine Umschichtung von 6 Prozent von der ersten in die zweite Säule ermöglicht, um dem Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz in der Landwirtschaft noch umfassender Rechnung zu tragen. Das EU-Recht wird eine Umschichtung von 15% zulassen. Aber da der Haushalt für die Periode 2020 bis 2027 noch nicht verabschiedet wurde, machen wir auf nationaler Ebene einen Anfang mit einer Umschichtung von 6%.



Änderung des Bundeswahlgesetzes

Um eine ordnungsgemäße **Bundestagswahl 2021** zu gewährleisten, müssen alle wichtigen Prozesse pandemiefest gemacht werden. Im Falle einer Pandemie können zwar die Bürgerinnen und Bürger auf die Briefwahl ausweichen. Bisher gibt es jedoch für die Kandidatenaufstellung keine Möglichkeit, auf physische Versammlungen zu verzichten. Deswegen soll in Zukunft im Fall einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt die Benennung von Wahlbewerber auch ohne physische Versammlung möglich sein.

Dazu muss neun Monate vor der Bundestagswahl der Wahlprüfungsausschuss feststellen, dass die ordentliche Durchführung gefährdet ist, weil Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerbern ganz oder teilweise unmöglich sind.

Das Bundesinnenministerium kann daraufhin über eine Rechtsverordnung Abweichungen zur Aufstellung der Wahlbewerber zulassen. Das heißt: für die Versammlungen und entsprechenden Wahlen dürfen Online-Elemente, Brief- und Urnenwahlen kombiniert werden. Dieser Weg ist allerdings nur als letztes Mittel vorgesehen, wenn auf andere Weise die Durchführung der Wahlen nicht gesichert werden kann.

Steuerbefreiung der Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld

In erster Linie regelt das Jahressteuergesetz 2020 einige technische Anpassungen im Steuerrecht. Doch darüber hinaus ist in diesem Gesetz auch die **Verlängerung der Steuerbefreiung der Arbeitgeberzuschüsse zum Kurzarbeitergeld** für Lohnzahlungszeiträume bis zum 1. Januar 2022 verankert.

Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes: Rechtssicherheit für Studierende nach dem Brexit

Deutsche Studierende und anderen BAföG-Berechtigten wird auch nach Ende des Übergangszeitraums (31.12.2020) für einen im Vereinigten Königreich bereits vorher begonnenen Ausbildungsabschnitt noch bis zu dessen Abschluss **Leistungen nach dem BAföG** gewährt. Außerdem können Leistungen der Arbeitsförderung weiterhin kostenfrei auf Konten bei Banken in Großbritannien überwiesen werden.

Bild der Woche

Die Frauen der SPD-Bundestagsfraktion drückten bei einem persönlichen Treffen mit der belarussischen Oppositionsführerin **Swetlana**

Tichanowskaja

(Mitte links im beigen Mantel) ihre

Unterstützung für die Freiheit und für Frieden in Belarus aus.



Jahrestag des Anschlags in Halle: „Wir lassen die Betroffenen nicht allein!“

Am 9. Oktober 2019 starben zwei Menschen beim rechtsextremen Anschlag in Halle und Landsberg. Viele weitere wurden verletzt.

Ein Jahr später besuchten Vertreter der Zivilgesellschaft sowie der Politik Halle, um der Opfer zu gedenken. Unter den Gästen: der Bundesopferbeauftragte Edgar Franke, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Familienministerin Franziska Giffey.

Das Gedenken stand im Mittelpunkt des Tages. Die Tatorte wurden besucht. Edgar Franke erinnerte am Kiez-Döner, einem der Anschlagorte, an die Getöteten. „Wir können nicht einmal erahnen, wie schlimm dieser Verlust für deren Angehörige sein muss. Sie müssen mit der Erinnerung an diese schreckliche Tat leben“. Weiterhin stehe er den Hinterbliebenen und den Verletzten als Ansprechpartner zur Verfügung. Zwar könne keine Unterstützung das Leid der Betroffenen lindern, wichtig sei sie aber trotzdem. „Sie kann helfen, das Geschehene zu verarbeiten“, so der Opferbeauftragte.



Der Tag wurde auch genutzt, um darüber zu sprechen, wie die Demokratie in Deutschland gestärkt werden kann.

Auch Edgar Franke war unter den Diskutanten. Er unterstrich, dass Demokratie Haltung braucht. „Wenn wir uns an die Seite der Menschen stellen, die stellvertretend für unsere offene und freie Gesellschaft angegriffen werden, stehen wir für unsere Demokratie ein. Wir setzen ein Zeichen, dass in einer Demokratie Platz für alle ist. Wir stehen an der Seite der Opfer, an der Seite der Betroffenen. Jetzt und in Zukunft!“.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Edgar Franke/ Tino Basoukos, Seite 3 Screenshot <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7475879#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NDc1ODc5&mod=mediathek>, Seite 4 BMAS / Dominik Butzmann, Seite 7 Esther Dilcher, Seite 8 Thomas Köhler / photothek.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.